

FBP und FL bodigen VU-Kindermodell

FBP und FL scheuen offenbar den Vergleich ihrer familienpolitischen Vorstösse mit dem von der VU-Fraktion vorgeschlagenen Kindermodell. So lehnten sie eine Überweisung des VU-Postulats zur Einführung eines Kindermodells ab.

Von Günther Kratz

Ziel des VU-Kindermodells ist eine steuerfinanzierte Familienförderung. Damit sollen die Steuerpflichtigen mit Kindern entlastet werden. Bei den heutigen steuerbaren Abzügen gibt es den Verheiraten- und Alleinerziehendenabzug. Im Kindermodell soll keine Rücksicht auf die zivilstandsrechtlichen Lebensformen genommen werden. Der Vorschlag des Kindermodells zeichnet sich dadurch aus, dass es keine Familienform bevorzugt, sondern völlig wertneutral gehalten wird. Ob es sich nun um eine Ehe, ein Konkubinat, Alleinerziehende, Geschiedene oder um Unterhalt zahlende Personen handelt, vom Kindermodell sollen alle gleich profitieren können. Das Kindermodell soll über die Steuer geregelt werden, damit vor allem die in Liechtenstein wohnhaften Familien entlastet werden.

Vergleichende Analyse abgewürdigt

Der VU-Abgeordnete Henrik Caduff konnte im Verlaufe der Debatte zum VU-Postulat zur Einführung eines Kindermodells nicht verstehen, weshalb sich die FBP und die Freie Liste grundsätzlich gegen eine vergleichende Analyse wehren: «Wir bemühen uns um konstruktive Beiträge, eine sachliche Diskussion und die Suche nach der besten Lösung, und dann wird der VU noch vorgeworfen, sie politisiere zum Schaden der Kinder und Familien.» Henrik Caduff wies darauf hin, dass die Postulanten die Regierung ja ausdrücklich dazu einladen, das VU-Kindermodell mit den bereits eingebrachten Vorstössen der anderen Parteien zu vergleichen. So hat die Regierung ja ein Familienmodell vorgeschlagen, bei dem das Familiengeld im Mittelpunkt steht. Und die Freie Liste hat ein Modell zur Überprüfung vorgelegt, bei welchem der Kinderfreibetrag so umgewandelt werden soll, dass er künftig nicht mehr auf das zu versteuernde Einkommen, sondern auf die Steuer-schuld gewährt wird.

Verhinderung der besten Lösung

Es sei ja schön, wenn die FBP und FL so bald als möglich die Familien mit einer neuen Geldleistung unterstützen wollen. Aber dies dürfe doch nicht im Sinne einer möglicherweise zweitbesten oder drittbesten Lösung geschehen. Es sei doch gerade der Sinn des Postulats, dass die Regierung die Modelle aller drei Parteien gegenüberstelle und nach detaillierten Abklärungen dem Landtag die daraus erwachsende beste Lösung vorschlage. Doch aus dem Verlauf der Debatte kristallisierte sich bald heraus, dass das VU-Kindermodell an den vorgefassten Meinungen der FBP und der Freien Liste abprallen wird.

In der Eintretensdebatte stellte der VU-Abgeordnete Henrik Caduff noch einmal die Ziele des Kindermodells dar. Das Kindermodell soll eine unterschiedliche Besteuerung für Personen mit Kindern gegenüber Kinderlosen oder auch Eltern vorsehen, deren Kinder nicht mehr unter das Kindermodell fallen.

VU für ganzheitliche Familienpolitik

Das Kindermodell soll nach den Ausführungen von Henrik Caduff so aufgebaut sein, dass es zivilstands-unabhängig ist. Ausschlaggebend für eine unterschiedliche Besteuerung ist die Geburt (Adoption) eines Kindes, resp. das Entstehen einer Unterhaltspflicht. Das Kindermodell soll ab der Geburt des ersten Kindes bis zum Abschluss der Erstausbildung, längstens jedoch bis zum 25. Lebensjahr resp. bis zum Wegfall der Unterhaltspflicht des letztgeborenen Kindes gelten. Für das zweite und jedes weitere Kind soll zusätzlich ein Kinderabzug eingerechnet werden können. Im Kindermodell sind alle Abzüge im Zusammenhang mit dem Kind, z. B. Kinderabzug, Versicherungsabzug, Abzüge für die Unterhaltsbeiträge usw. enthalten.

Individualbesteuerung überprüfen

Nach Ansicht des Postulanten Günther Kranz (VU) hat eine wirksame Familienpolitik das Kind in den Mittelpunkt der Bemühungen zu stellen. Gleichzeitig sei das Ziel zu verfolgen, die Leistungen der Familie für den Einzelnen und für die ganze Gesellschaft gebührend anzuerkennen und deren Potenzial zu fördern. «Eine Einführung der Individualbesteuerung würde das heutige System der Familienbesteuerung grundlegend ändern», betonte Günther Kranz. Im Zuge der Steuerrechtsreform biete sich diese optionale Variante geradezu rechtzeitig an. Im Hinblick aller Anstrengungen der Familienförderung sei zu prüfen, welches System mehr zur besseren demographischen Entwicklung beitragen kann. Es geht hier nach den Ausführungen von Günther Kranz um einen Vorstoss zur Abklärung im Zuge der Steuerrechtsreform, ob ein Modell der Individualbesteuerung möglich ist. Es gelte abzuklären, welche Vorteile ein solches Modell gegenüber der Familienbesteuerung bietet und mit welchen finanziellen, personellen und administrativen Folgen zu rechnen ist.

Bis zum Ende der Ausbildung

Marlies Amann-Marxer (VU) führte aus, dass nach der Idee des Postulats alle jene Personen steuerbegünstigt werden sollen, welche Unterhalts- und Betreuungspflichten gegenüber Kindern haben, und zwar bis zum Ende der Ausbildung. «Jeder weiss, dass die Kosten einer Familie mit dem Alter der Kinder steigen und zu Zeiten der Ausbildung bzw. des Studiums ihren Höhepunkt erreichen», sagte die VU-Abgeordnete Marlies Amann. Bei mehreren Kindern in Ausbildung gebe es zusätzlich noch eine Kumulation der Kosten. Diese Konzentration der Förderung auf das Kind, von der Geburt bis zum Ende der Ausbildung, sei zentral im Postulat der VU.

Negativsteuer als Gutschein

Sollte die Berechnung einer Negativsteuer als Massnahme zur Familienförderung geeignet sein, so spricht sich die VU im Postulat für eine bargeldlose Ausschüttung in Form von Gutscheinen aus. Nach den Ausführungen der VU-Abgeordneten Marlies Amann könnten diese Gutscheine sowohl den berufstätigen Müttern wie auch den Familienfrauen dienen, indem die Gutscheine z. B. wahlweise für Kinderbetreuung, für Weiterbildung oder für eine neu einzurichtende Altersvorsorge für Hausfrauen im Sinne einer zweiten Säule bezogen werden. Die Ausschüttung einer Negativsteuer sei in jedem Fall einer Überprüfung würdig. Sollte sie als

Massnahme in Form von Gutscheinen geeignet sein, so wäre damit ein weiterer Schritt in Richtung Vereinbarkeit von Familie und Beruf getan und gleichzeitig ein erster Schritt in Richtung Altersvorsorge und Gleichstellung von Haus- und Familienfrauen mit Berufstätigen.

Altersvorsorge für Hausfrauen

«Dass damit jedoch das Thema Altersvorsorge für Hausfrauen nicht erledigt, sondern erst ansatzweise angesprochen ist, versteht sich von selbst», betonte Marlies Amann. Auch die ausserhäusliche Kinderbetreuung sei damit nicht abschliessend geregelt. Denn eine allfällige Negativsteuer bzw. entsprechende Gutscheine würden nur einen Teil der Eltern betreffen. Der breite Mittelstand werde vermutlich davon nicht betroffen sein. Deshalb müsse für die Altersvorsorge für Hausfrauen und auch für ausserhäusliche Kinderbetreuung eine für alle gültige Lösung gefunden werden. Mit den Gutscheinen für Negativsteuern wäre jedoch immerhin ein Anfang gemacht. Dazu Marlies Amann: «Diese Gutscheine wären sowohl ein Ansatz zur Problemlösung als auch ein Bekenntnis, in welche Richtung sich Familienförderung auch im Bereich der Gleichstellung bewegen soll.»

FBP setzt auf Familiengeld

Die sachlichen und stichhaltigen Argumente der VU-Fraktion für die Überprüfung des Kindermodells blitzen bei den Abgeordneten der FBP und FL jedoch gnadenlos ab. Die FBP-Abgeordnete Doris Frommelt erklärte, dass Familien mit niedrigen Einkommen von einer steuerfinanzierten Familienförderung nur wenig profitieren könnten: «Die Einführung des Familiengeldes muss weiteren steuerlichen Massnahmen vorgezogen werden, weil steuerliche Abzüge den Einkommensschwachen nichts bringen.»

FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel sagte, dass die Beantwortung des FBP-Postulats zur Familienförderung aufgezeigt habe, wohin die Reise geht. Vor diesem Hintergrund sei das VU-Postulat «zeitlich falsch platziert» und inhaltlich fragwürdig. Er habe den Eindruck, es handle sich um ein von der VU eilig produziertes Postulat mit dem Ziel, familienfördernde Massnahmen zu verzögern. Insbesondere werde beim Kindermodell der Bogen der Förderung bewusst bis zum 25. Lebensjahr gespannt, damit dann am Schluss aufgrund der fehlenden Finanzierbarkeit keine familienfördernden Massnahmen realisiert werden können. Weiter sei doch die Ausrichtung der Negativsteuer in Form von Gutscheinen exportpflichtig. Das hätten zwei Gutachten belegt. Und den Export von Geldleistungen ins Ausland wolle die VU laut ihrem Postulat ja gerade verhindern. Ein so «unausgegorenes» und aus parteipolitischen Überlegungen konstruiertes Postulat könne er nicht an die Regierung überweisen, betonte FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel. Der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert doppelte nach: «Es darf nicht sein, dass auf Kosten der Familien und Kinder Parteipolitik betrieben wird.»

Für FL «wenig Handfestes»

FL-Fraktionssprecherin Andrea Matt wollte das VU-Postulat ebenfalls nicht unterstützen. Es gehe praktisch ausschliesslich darum zu unterstützen, wie finanzielle Leistungen an Familien im Bereich der Steuer ausbezahlt werden können. Mit keinem der aufgeführten Aufträge werde jedoch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefordert bzw. überhaupt untersucht. Nach Ansicht von Andrea Matt ist das Gegenteil der Fall: «Dadurch, dass die finanzielle Förderung mit Gutscheinen für die Kinderbetreuung gekoppelt werden soll, wird von den Postulanten sogar ein negativer Arbeitsanreiz angestrebt.»



Postulant Henrik Caduff (VU): «Wir haben eine sachliche Diskussion gestartet und uns der besten Lösung verpflichtet. Ich bin erstaunt, dass FBP und FL im Vorhinein dagegen sind, wenn das VU-Kindermodell mit den anderen Modellen verglichen wird. Das ist eine Form von Ignoranz gegenüber den Familien und Kindern.»



Postulant Marlies Amann-Marxer (VU): «Erfolg ist die Kunst, viele Lösungen zu finden und die richtigen auszuwählen. In diesem Sinne möchte die VU mit dem vorliegenden Postulat ihre Ideen beitragen, damit im gemeinsamen Bemühen die besten Lösungen für Eltern und Kinder entstehen können.»



Postulant Günther Kranz (VU): «Es gilt nun, den Fokus der Förderung direkt auf das Kind in seiner ganzen Entwicklung, Erziehung, Betreuung und Bildung zu legen und hierzu können die Anregungen im Postulat sicher einen Beitrag leisten.»



FL-Fraktionssprecherin Andrea Matt sprach sich gegen die Überweisung des VU-Postulats aus: «Mit keinem der aufgeführten Aufträge wird eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefordert bzw. überhaupt untersucht.» Bilder Daniel Ospelt

«Unsere jungen Männer wünschen sich mehr Zeit für Kinder und unsere jungen Frauen mehr Zeit für den Beruf», sagte Andrea Matt. Diese Wünsche sollen sie in die Realität umsetzen können – zum Wohle der Kinder. Doch dafür brauche es in erster Linie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das persönliche Fazit von Andrea Matt zum VU-Postulat: «Viel Luft und wenig Handfestes. Vor allem ist aber keine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Sicht, wodurch automatisch das Lebensmodell der Alleinerziehenden favorisiert und gefördert wird. Ich trete jedoch ein für eine gleichberechtigte Partnerschaft, in der es den Eltern freigestellt ist, wie sie Beruf und Fa-

milie untereinander aufteilen.» Zu den Vorwürfen, das VU-Postulat sei unausgegoren und beruhe rein auf parteipolitischen Motiven, bezeichnete der VU-Abgeordnete Gebhard Negele als «Respektlosigkeit gegenüber den Postulanten». Was könne denn der Regierung Besseres passieren, als aus einem erweiterten Ideenpool zu schöpfen und zu überprüfen, welches darüber die beste Lösung ist, meinte Gebhard Negele. Familienministerin Rita Kieber-Beck kündigte ein Bündel von familienfördernden Massnahmen mit dem Ziel an, eine echte Wahlfreiheit zu schaffen. Sie sei zuversichtlich, den Landtag damit noch im ersten Halbjahr 2008 begrüssen zu können.

**hotel kulm**
9497 Triesenberg
Das Tagungs- und Seminarhotel auf
900m über dem Rheintal
Weihnachten im Kulm
Feine Festtagsmenüs
für Gross und Klein
am 25. und 26. Dezember
Sylvestergala 2007
Geniessen – Tanzen – Feiern
Am 23. und 24. Dezember geschlossen
Fam. Schädler · FL 9497 Triesenberg
Tel. +423 237 79 79 · Fax +423 237 79 78